

Erscheinung
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabend.

Inserate:
Für den Raum
einer
kleinsten Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Bei mehrmaliger Wiederholung von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigebblattes.“

Auf Fol. 20 des Handelsregisters für die Stadt Eibenstock, die Firma Jacob Kessler in Eibenstock betreffend, ist heute auf Grund der Anzeige vom 4. dieses Monats verlaublich worden, daß

Frau **Hulda** verw. **Kessler** geb. **Reiß** in Eibenstock nach dem Ableben Herrn Jacob Kesslers Inhaberin dieser Firma geworden ist.

Gerichtsamt Eibenstock,

den 10. August 1876.

In Stellvertretung: **Gyfrig**, Referendar.

S.

Tagesgeschichte.

— Aus dem Orient liegt die wichtige Nachricht vor, daß die serbische Regierung bereits vor mehreren Tagen die Großmächte um sofortige Intervention ersucht hätte. Ein Wolff'sches Telegramm dementirt zwar diese Nachricht. Es ist schon öfter die Hoffnung ausgesprochen worden, daß der Zeitpunkt bald gekommen sein möchte, wo die europäischen Mächte Veranlassung nehmen, dem Morden und Blutvergießen auf der Balkanhalbinsel ein Ende zu machen. Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Die noch nicht bestätigte Nachricht von der Bitte um Intervention ist da und wir glauben, daß dieselbe ehestens zur Wahrheit werden wird. Das Wiener Tageblatt, welches, wenn auch nicht immer ganz zuverlässige, doch die neuesten Nachrichten über die orientalische Frage hat, ist bereits in der Lage, zu melden, daß die Pforte keine Vermittelung fremder Mächte annehmen will, sie wird vielmehr selbst alle Unterhandlungen mit dem Fürsten Milan ablehnen und nicht eher Frieden schließen, als bis sie denselben in Belgrad diktieren kann. Als hauptsächlichste Friedensbedingung gilt die Absetzung des Fürsten Milan; das serbische Volk soll eine neue Skupschina berufen, deren alleinige Aufgabe es ist, einen neuen Fürsten zu wählen. Die Türkei behält sich außerdem das Recht vor, in die beiden Hauptstädte Serbiens, nach Belgrad und Kragujewaz, Besatzungen zu legen. Die Aufregung in Belgrad soll eine ungeheure sein; angesammelte Volksmassen verlangen tumultuarisch die Absetzung des russischen Ex-Generals Tschernajeff. Von anderer Seite wird berichtet, daß Fürst Milan mit Tschernajeff eine sehr erregte Scene gehabt hat. Der General hat dem Fürsten so zu sagen den Degen vor die Füße geworfen und entweder seine Ernennung zum Generalissimus der Armee oder seine sofortige Entlassung gefordert. Wie verlautet, soll Fürst Milan den General Tschernajeff zum Generalissimus ernannt haben. Sonst liegen verschiedene Nachrichten vor, welche einen ganz entsetzlichen Zustand der serbischen Armee dokumentieren. Die Freiwilligen sollen über ihre Offiziere Kriegsgericht gehalten und dieselben als Feiglinge und Verräther erschossen haben; dazu kommt noch das Mißtrauen der Bevölkerung von Belgrad in die jetzt dorfelbst einlaufenden Siegesnachrichten. Die Belgrader glauben es gern, wenn es heißt: „Zeitlich ist bereits gefallen“; wenn dagegen von einem Waffenerfolge der Serben, sowie z. B. von einem Siege bei Sieniza die Rede ist, dann tobt das Volk: „Wir lassen uns nicht mehr belügen.“ Selbstverständlich muß noch die Bestätigung der meisten dieser Nachrichten abgewartet werden. Wir glauben aber mit der Annahme nicht fehl zu gehen, daß die gegenwärtige Phase der orientalischen Frage am Anfang des Endes angekommen, daß die militärische Katastrophe über Serbien hereingebrochen ist.

— Wie man versichert, haben die Mächte England aufgefordert, für den Vorschlag eines Waffenstillstandes die Initiative zu ergreifen. Die Kabinette sind der Ansicht, daß allein der Waffenstillstand Serbien vor vollständiger Zermalmung retten kann. Man hofft, daß die Türkei, deren Eigenliebe durch die erfochtenen Siege befriedigt sein dürfte, einen Waffenstillstandsvorschlag annehmen wird. — Es scheint auch, daß der Pforte zu verstehen gegeben worden sei, sich darauf gefaßt zu machen, in Kürze die europäischen Mächte die Friedensstiftung in die Hand nehmen zu sehen. Hand in Hand mit diesen Andeutungen sollen die Beforgnisse des türkischen Gouvernements über die Art und Weise gehen, in welcher die Beschwichtigung der bis zur Ueberreizung aufgeregten mohamedanischen Welt, sowie die eventuelle Entwaffnung der, heute schon die größte Verlegenheit bereitenden Freiwilligen-Elemente zu bewerkstelligen sein werde.

— Die russische Freundschaft, so schreibt das „Berl. Tzbl.“, giebt uns Deutschen manche harte Nuß zu knacken. Die russische

Presse traktirt uns zuweilen, als hielt sie uns — für Türken. So schwingt sich jetzt der „Golos“ zu folgender Diatribe auf: „Die unerhörten Siege der Deutschen haben ihre Vorstellungen bezüglich der auswärtigen Beziehungen Deutschlands (mit Ausnahme einiger weniger Staatsmänner, welche, zu ihrer Ehre sei es gesagt, sich gesunden Menschenverstand bewahrt haben) so sehr korrumpirt und die am allerwenigsten erwarteten verderblichen Einflüsse dieser Siege auf den Nationalwohlstand sie so sehr irritirt, daß sie entschieden unfähig werden, unparteiisch über die internationale Lage ihres eigenen Vaterlandes wie auch anderer Staaten zu urtheilen. Sie haben die Idee von der Allmacht deutscher Waffen, sowie ihres großen diplomatischen Geistes so sehr sich zu eigen gemacht, daß es für sie undenkbar ist, es sollten alle anderen Nationen vor dieser Allmacht nicht kriechen, und daß sie in der russischen Gutmüthigkeit und Friedensliebe weiter nichts als Furcht vermuthen. Die deutschen Blätter, welche, bei aller ihrer Unabhängigkeit, mit der Regierung Hand in Hand gehen und unbedingt vorzüglich deren auswärtige Politik unterstützen und dabei sich im engsten Gedankenaustausch mit der leitenden Berliner Presse befinden, ergießen sich jetzt in Schimpfreden über Rußland; diese Erscheinung die parallel mit den freundschaftlichen Zusammenkünften der Monarchen auftritt, ist so bemerkenswerth, daß sie nicht spurlos an der europäischen öffentlichen Meinung vorübergehen kann und nothwendig Verwirrung in die Begriffe über die gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland tragen muß.“ Wenn der „Golos“ in Frankreich erschiene, hätte unser „großer Staatsmann“ wohl bald einen „kalten Strahl“ zur Hand. Aber die Russen sind unsere guten Freunde, und mit Rücksicht darauf nehmen sie sich Freiheiten heraus, die wir uns schwerlich von unseren Feinden gefallen lassen würden. Die Freundschaft hat solche Privilegien. Aber wir möchten die Herren von Knute und Wodki doch ersuchen, unsere Lammgeduld und unseren Freundschafts-Dusel nicht auf allzu harte Proben zu stellen. Ein deutsches Sprichwort sagt: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil“, und die Fähigkeit der „göttlichen Grobheit“ ist uns wohl in unserm „Siegestrausche“ nicht abhanden gekommen.

— Der Vorschlag für die Gotthard-Bahn wird bekanntlich um eine so beträchtliche Summe überschritten werden müssen, daß dadurch das Unternehmen selbst, nachdem es bereits so viel verschlungen, noch beinahe in Frage gestellt zu werden droht. Neuerdings hat nun der Schweizer Bundesrath, um sich aus der Klemme zu ziehen, die deutsche und die italienische Regierung zu einer internationalen Konferenz eingeladen, in welcher über ein gemeinschaftliches Vorgehen verhandelt werden sollte. Beide Regierungen haben sich indes auf diesen wohlberechtigten Vorschlag nicht eingelassen, vielmehr nach vorheriger Verständigung der Schweizer Regierung in identischen Notizen erklärt, daß sie nach dem Wortlaute des Vertrages die der Schweiz zur Last fallende Verantwortlichkeit weder zu theilen verpflichtet noch gesonnen seien, daß sie daher von der Schweizer Regierung anderweite Mittheilungen erwarteten. Die Schweiz wird also ihre Verlegenheiten mit sich selbst abzuwickeln haben. Jedenfalls wird sich über die ganze Gotthard-Bahn-Angelegenheit diesmal auch im deutschen Reichstage eine lebhafteste Diskussion entspinnen.

— Am 2. August wurde in Nürnberg der zweite deutsche Fleischercongress eröffnet. Aus den Verhandlungen des Congresses ist hervorzuheben, daß sich die Berufsgenossen geeinigt haben, sich künftig durch ganz Deutschland „Fleischer“ zu nennen, so daß alle „Mehger“, „Schlächter“, „Schlachter“ u. s. w. in Wegfall kommen. Alsdann wurde beschlossen, das Geschenk für arbeitslose, reisende Gesellen in Wegfall kommen zu lassen; die folgende Resolution, welche zur Annahme gelangte, dürfte auch von besonderem Interesse sein: „Der Congress erklärt den Hausirhandel mit frischem Fleische für verwerflich, und es ist die Pflicht